Aufwärts

Bezugspreis: Erscheint wöchentlich sechsmal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Bestellgebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifband 1.85 (inkl. Postgeld). Preis der Einzelnummer 10 Pfg. Postscheckkonto Hannover 67577.

Christliches Tageblatt
mit den Beilagen „Für Herz und Haus", „Kindergabe" und „Unser Ziel."

Anzeigenpreis: Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Reklame 30 Pfg. Beilagen unter 25 g je tausend 15 Mk. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr. Postscheckkonto Hannover 67577.

Nr. 233. | Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 1. November 1933. | 15. Jahrgang.

Mensch, ist was Gut's in dir, so maße dir's nicht an:
So bald du dir's schreibst zu, so ist der Fall getan.
Angelus Silesius.

Politische Hochflut auf dem Balkan.

Von Walter E. Brell-Sofia.

Seit geraumer Zeit geht über den Balkan eine Sturmflut von bedeutsamen politischen Manövern, Verhandlungen, Staatsbesuchen und Königstreffen. Obwohl die jüngste Vergangenheit an solchen Veranstaltungen ja schon einiges gebracht hat, wird schon wieder von neuen Königsbesuchen gemunkelt, die mit allen Kräften vorbereitet werden. Der Balkan ist wieder interessant geworden. Die verschiedenartigsten europäischen und balkanischen Interessen stoßen aufeinander, überkreuzen sich — natürlich stets unter der Losung „Friede auf dem Balkan", um das berüchtigte Pulverfaß Europas unschädlich zu machen! Sieht man hinter die Kulissen, dann erkennt man, daß es keineswegs so sicher ist, ob die Bewegung, die durch den schicksalgebärenden Balkanraum geht, ausschließlich der Erhaltung des Friedens gilt. Sicher ist, daß dieser „Friede" zwei Gesichter hat: für die einen trägt er die Fratze, die ihm 1919 in den Pariser Vororten modelliert wurde und die die Balkansieger nun durch Paktsysteme zu erhalten wissen möchten, für die anderen gilt die Bewegung dem Kampf gegen eben diese Friedensdiktate.

Den Auftakt bildete vor einigen Wochen die Osteuropareise Herriots, die noch von ungefähr im Anschluß *an den Landoner* Ostpakt erfolgte. In Sofia hat Herriot *erfahren*, daß die Bulgaren Gerechtigkeit, Gleichberechtigung, Revision, Minderheitenschutz und Abrüstung der anderen verlangen — trotz der immer wiederholten Ehrfurcht vor den Friedensverträgen. Bald darauf begann man sich mit der politischen Auslandsreise des bulgarischen Zaren in Europa zu beschäftigen, deren Etappen über Genf, Italien nach Paris und London führten. Wenn König Boris die Absicht unterschoben wurde, bei dieser Reise in aktiver Außenpolitik zu machen, so ist diese Annahme bestimmt irrig. Bezeichnend ist, daß der bulgarische König dem Völkerbund einen Besuch abstattete und damit zum Ausdruck brachte, daß Bulgarien von Sonderabmachungen nichts wissen will.

In einem Teil der bulgarischen Presse wurde übrigens bedauert, daß dem König keine Zeit mehr blieb, auch nach Berlin zu kommen. Allerdings — Berlin ist von den Leitern der bulgarischen Außenpolitik, die in den letzten 15 Jahren in Paris, London und Rom heimisch geworden sind, konsequent übergangen worden. Das liegt in einer gewissen Sofioter Aengstlichkeit begründet, durch Pflege der Weltkriegsbeziehungen bei den Siegern nicht unangenehm aufzufallen, aber auch in der bisherigen deutschen Nachkriegspolitik, die den Nahen Osten allzusehr vernachlässigt hat.

Die ausgezeichnete Aufnahme, die König Boris in Paris und London gefunden hat, läßt aber darauf schließen, daß dort Bulgarien eine Wertsteigerung erfahren hat. Den Abschluß der Königsreise bildete eine Begegnung mit dem jugoslawischen König auf dem Bahnhof in Belgrad, das erste Treffen dieser beiden Könige aus zwei verfeindeten Nachbarländern. Offenbar war diese Aussprache von Paris aus angeraten worden. Das Belgrader Pressecho war freundlich-zurückhaltend mit dem Tenor, daß bessere Beziehungen zu Bulgarien wünschenswert seien, aber nur auf der Grundlage der bestehenden Verträge!

In Sofia dagegen war gerade die Nachricht von dem griechisch-türkischen Pakt bekannt geworden, dessen wichtigster Teil auf dem außerordentlich engen türkisch-griechischen Bündnis den Besitzstand Thraziens betrifft, den sich die beiden Vertragschließenden gegenseitig garantieren, auch gegen Angriffe Dritter, angeblich bei Zusammenarbeit der beiderseitigen Generalstäbe. Da nur Bulgarien auf Thrazien Ansprüche erhebt, formell durch einen Artikel 48 aus dem Vertrag von Neuilly, der Bulgarien einen „Handelsausweg" garantiert, ideell durch Gewinnung eines mehr oder weniger breiten Korridorstreifens ans Meer, so faßt man in Sofia diese türkisch-griechische Grenzsicherung als Unfreundlichkeit auf.

Unter diesen Umständen fand der Besuch, den kürzlich der türkische Ministerpräsident Ismed Pascha und sein Außenminister Rüschdy Bey in Sofia machten, eine kühle Aufnahme, die wenig zu der sonst so betonten türkisch-bulgarischen Freundschaft paßte, obwohl diese Freundschaft bis dahin das einzige Aktivum der bulgarischen Außenpolitik war. Demonstrativ wurde die durch das Belgrader Königstreffen unterstrichene Möglichkeit einer Westorientierung Bulgariens auf dem Wege einer Aussöhnung mit Jugoslawien hingewiesen, und die Konferenz der Kleinen Entente in Sinaia kam einigen bulgarischen Kreisen doppelt gelegen. Auf ihr wurde die bulgarische Frage eingehend behandelt und beschlossen, die Anstrengungen auf Gewinnung Bulgariens zum Kreis der Kleinen Entente zu verdoppeln.

Maßgebend ist dabei natürlich der Wunsch Frankreichs, sein balkanisches Einflußgebiet, das sich bisher auf Jugoslawien und Rumänien stützte, mit Bulgarien abzurunden. Der Einfluß Italiens auf die Türkei und Griechenland ist bekannt, der Pakt von Angora hatte Italien zum Paten und sollte ja durch Einbeziehung Bulgariens in ein Dreieck ausgebaut werden. Den Knalleffekt der Besprechungen von Sinaia, die ihre besondere Note durch die Anwesenheit der Könige Jugoslawiens und Rumäniens erhielt, war die Reise des jugoslawischen Königs nach Varna und Stambul und Korfu — so daß dieser Balkankönig nacheinander den Balkanländern Besuche machte, bei denen man Hinneigung zu Italien vermutet. Am auffallendsten war dabei die Tatsache, daß König Alexander binnen zwei Wochen den Besuch König Boris' auf dem Belgrader Bahnhof erwiderte. Das war ein wenig viel Freundschaftsbeteuerung auf einmal, nach 15 Jahren ärgster Feindschaft.

Immerhin — die Kleine Entente wirbt um Bulgarien und schickt dazu sogar einen König ins Treffen. Da auch Belgrad und in Sofia Vereine zur Pflege der bis dahin nicht vorhanden gewesenen serbisch-bulgarischen Kulturbeziehungen gegründet wurden, bekam das Ganze einen Anstrich des gewaltsam Vorwärtsgetriebenen. Erfolge sind kaum zu erwarten, da sogar der bulgarische Ministerpräsident vor jugoslawischen Pressevertretern in bezug auf den wehenden Verständigungswind erklärte, zu jeder Heirat gehörten zwei und zwar zwei gleichberechtigte Partner! Ein deutlicher Hinweis auf die wirkliche Lage Bulgariens, dem Gerechtigkeit von den siegreichen Nachbarn aller „Verständigung" zum Hohn vorenthalten wird.

Da aber auf dem Balkan — wenigstens zwischen Bulgarien und Jugoslawien — nichts geschehen kann ohne gebührende Berücksichtigung der mazedonischen Bewegung, u. die Anbiederungsversuche zwischen Belgrad und Sofia unter der Leitung Frankreichs selbstredend die Opferung der mazedonischen Unabhängigkeitswünsche zur Voraussetzung haben, so wurde alsbald die Stimme Mazedoniens vernehmlich. Das mazedonische Volk hat allerdings keine Möglichkeit, auf diplomatischem Wege seine Wünsche zu äußern, und seine zahllosen Eingaben verschwinden im Papierkorb des Völkerbundes. So konnte es nicht Wunder nehmen, wenn gemäß alter mazedonischer Tradition Bombe und Gewehr den mazedonischen Einspruch gegen das Techtelmechtel Sofia-Belgrad übermittelten. Attentate erfolgten in Gewgeli, so nahe der griechischen Grenze, daß gewisse, kundige Balkanzeitungen sogar die Vermutung ausdrückten, diese mazedonischen Attentate, gegen Jugoslawien gerichtet, seien zumindest dank stillschweigender griechischer Duldung gelungen! Diese Vermutung stellt die Tatsache in Rechnung, daß Griechenland seinen jugoslawischen Bundesgenossen mit Mißtrauen betrachtet und an einer Aussöhnung zwischen diesem und Bulgarien kein Interesse hat.

Auch ohne diese mazedonische Begleitmusik, die mehr eine Warnung ist, berechnet auch auf bulgarische Verständigungspolitiker, ist der Grundton Bulgariens auf Zurückhaltung abgestimmt. Man fährt fort, zwischen den beiden Großmächten Italien und Frankreich zu pendeln, weil man weiß, daß deren Balkansysteme erst vollständig sind, wenn Bulgarien eingefügt ist. Und in Sofia läßt man sich Zeit mit der Entscheidung. Heute mehr denn je, weil man genau spürt, daß eine Wertsteigerung eingetreten ist. Darüber ist sich auch der Mann auf der Straße — hier besser gesagt: im Kaffeehaus, — klar: ein Zusammengehen mit der Kleinen Entente ist das Grab für die bulgarischen Revisionswünsche, die sehr weitgehend sind, Italiens schwacher Punkt in der letzten Offensive um Bulgarien war der, daß es um seiner türkischen und griechischen Freunde willen die bulgarischen Revisionsträume auf Thrazien und den Ausweg an die Aegäis nicht ermutigen konnten. Hingegen verweisen die Wortführer der Kleinen Entente in Sofia auf eben dieses Thrazien, um den Bulgaren mit dieser Zukunftsmöglichkeit den Verlust Mazedoniens und der Dobrudscha schmackhaft zu machen. Da die Bulgaren aber weder auf das eine noch auf das andere verzichten wollen, wird für die nächste Zeit im Zentrum des Balkans alles beim alten bleiben.

Kirchliches Amt und Rasse.

Zu den Fragen, die innerhalb der evangelischen Kirche auch nach Abschluß des kirchlichen Verfassungswerkes die Gemüter stark, ja leidenschaftlich bewegen, gehört die nach der Berechtigung des sogenannten „Arierparagraphen", d. h. die Stellung der Juden — reiner oder gemischter Abstammung — evangelischen Bekenntnisses zu der neuen Kirche. Wie kommt es, daß bei der verhältnismäßig kleinen Zahl der von diesen Fragen unmittelbar Betroffenen die Anteilnahme so ungewöhnlich groß ist? Liegen hier „getarnte" Angriffe gegen den Staat Adolf Hitlers vor von seiten reaktionärer Elemente? Ist hier die Hand des Weltjudentums im Spiele, um auf dem Wege über die Kirche noch einmal Zwietracht in das sich soeben einigende deutsche Volk zu werfen?

Zur Klärung sei zunächst auf eine wichtige Unterscheidung hingewiesen: die Kirchenverfassung enthält keinen Arierparagraphen (vergl. Aufwärts Nr. 162), denn im Gegensatz zu fast allen größeren und kleineren Vereinen und Verbänden kennt die Kirche nicht die Bedingung der Blutreinheit für ihre Mitglieder.

Anders im Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Geistlichen und der Kirchenbeamten. Für diese beiden Gruppen, sowie die Mitglieder kirchlicher Körperschaften und Träger kirchlicher Ehrenämter, gilt die Regelung, wie sie bereits für Reichsbeamte u. ä. in Kraft getreten ist, d. h. es werden Judenstämmige oder mit Judenstämmigen Verheiratete von den genannten Aemtern ausgeschlossen, es sei denn, daß sie entsprechend den reichsgesetzlichen Vorlagen, eine Teilnahme am Kriege usw. nachweisen können.

Die in Betracht kommenden Kreise sind, wie schon gesagt, sehr klein, die wirtschaftlichen Schädigungen beschränken sich, da der überwiegende Teil solcher Aemter unentgeltlich versehen wird, auf einen noch geringeren Bereich. Der Kern der Frage liegt auch nicht in der Sorge um einige, durch das Schicksal ihrer Stammesgenossen in Not geratene Glieder unserer Kirche, sondern in dem Kampf um das Wesen der Kirche, das für die Gegner dieses Gesetzes heute anders bestimmt erscheint, als sie es vom Evangelium her erkennen.

Die Gründe, die zu der möglichst reinlichen Ausscheidung des Judentums aus dem öffentlichen Leben und dem Beamtentum geführt haben, sind uns allen bekannt, sie liegen auch bei der Einführung des Arierparagraphen im Kirchenbeamtengesetz vor. Was aber kann von kirchlicher Seite gegen diese Ablehnung der Juden als beamtete Gemeindeglieder gesagt werden?

Darauf antwortet eine auf Wunsch der Kurhessischen Kirchenleitung einstimmig gefaßte Erklärung der Theologischen Fakultät an der Universität Marburg: den nicht arischen Kirchenglieder die Amtsfähigkeit absprechen, heißt, sie zu Gliedern minderen Rechtes und minderer Würde machen. Die Glieder der Kirche sind untereinander Brüder. Der Begriff des Bruders schließt aber eine Rechtsungleichheit aus. Auch sie in eine besondere judenchristliche Kirche zu sammeln, bedeutet nichts anderes als Betonung dieses Unterschiedes. Die christliche Kirche kennt nur die innere Gliederung nach Konfessionen und die äußere nach Völkern und Ländern; letzteres aber nur aus sprachlichen bezw. politisch-rechtlichen Gründen. Auch hier ist die Grenze nicht stark gezogen, wie z. B. das Hinüberreichen der deutschen Kirchen in die östlichen Nachbarländer zeigt. Die Kirche kann den in ihrem Bereich lebenden Juden, der sich bekehrt und taufen läßt, nicht mehr als Juden ansehen, sie kennt keinen anderen Scheidungsgrund als Unglauben oder Irrlehre.

Muß denn aber die Kirche nicht Rasse und Volkstum als verpflichtende Schöpfungsordnungen respektieren? Das Marburger Gutachten antwortet: „Sie würde ihnen das Wesentliche ihrer Botschaft schuldig bleiben, wenn sie in ihnen Faktoren anerkennen wollte, durch die sich Gliedschaft oder Rechte in der Gemeinde begründen oder ausschließen lassen. Ihre Botschaft heißt, daß sie die Schöpfungsgüter Rasse und Volkstum in sich selber zusammenschließt und jedem seine besondere Berufung genau so wie die Verschuldung seiner Absonderung verkündigt. Sonst tritt Verehrung des Geschaffenen an Stelle der Verehrung des Schöpfers."

Nach dieser grundsätzlichen Stellungnahme sei noch auf die Tatsache hingewiesen, daß das Neue Testament für die amtliche Betätigung in der Gemeinde niemals den Gesichtspunkt der Schöpfungsordnungen wie Rasse, Volk, Familie aufstellt. Nur nach Maßgabe des im Menschen wirkenden Geistes, zusammen mit äußeren Faktoren wie Begabung, Eignung und vor allem sittlicher Wandel, wurden die Aemter in der Gemeinde besetzt.

Hier könnte nun eingewendet werden — und ein Gutachten der theologischen Fakultät Erlangen hebt diesen

411 Stadt.Bibliothek S 829

Punkt hervor — : nach unserer Erfahrung ist Judenstämmigen heute keine Wirkungsmöglichkeit mehr gegeben, denn ihre Wesensart wird derart fremd empfunden, daß ein seelischer Kontakt unmöglich ist.

Das ist ganz gewiß eine weithin herrschende Ueberzugung, und sie sollte zu äußerster Vorsicht bei der Zulassung zum Pfarrerberuf wie zu den anderen kirchlichen Aemtern führen; als Grundsatz ist diese Haltung theologisch nicht zu begründen, vielmehr gilt dafür das Wort von Karl Heim: „Ich muß mit Freuden bereit sein, in voller Oeffentlichkeit das Abendmahl mit einem Judenchristen zu feiern. Wem das überhaupt noch ein Problem ist, der weiß nicht, was Evangelisch bedeutet." Glauben wir an eine gemeinsame Vergebung, so auch an die Gabe des Heiligen Geistes, der weht, wo er will und sich auch nichtarische Glaubensgenossen zu Führern ausersehen kann.

Also doch Brüderschaft mit Fremdrassigen? Die Engländer haben für „Brüder" die beiden Wörter „brothers" und „brethren", die ersten sind leibliche Verwandte, die anderen „Brüder in Christo", eine Unterscheidung, die zum Nachdenken anregen sollte. In Dingen der natürlichen Ordnung soll man nicht Fremdartiges vermengen wollen, in Christo aber herrscht eine neue Bindung, die kennt „nicht Juden noch Griechen, nicht Knecht noch Freien, nicht Mann noch Weib; denn alle seid ihr Einer in Christus Jesus." (Gal. 3, 28).

W. B.

Die Bausparkassen in der nationalen Sparwirtschaft!

Der 30. Oktober galt als Nationaler Spartag. Außer dem allgemeinen Sparen, wie es bei den öffentlichen Sparkassen, den Genossenschaftsbanken oder sonstigen Sparinstituten für die Wechselfälle des Lebens gepflegt wird, kennen wir seit dem Kriege auch in Deutschland das sogenannte gebundene oder Zwecksparen, bei dem das Sparziel von vorneherein feststeht. Die ausgesprochensten Vertreter dieser Art des Sparens sind die Bausparkassen geworden. Ihre Besonderheit liegt in der Verbindung zwischen Spartätigkeit und Kreditbeschaffung. Da bei einer Bausparkasse langfristig gespart wird, ist sie in der Lage, ihren Kreditnehmern in bezug auf die Beleihung besondere Vorteile zu bieten (Anspruch auf Darlehnsgewährung, unkündbarer Baukredit usw.), die in Verbindung mit anderen (Bauberatung, Bauüberwachung usw.) sie zu einem Spezial-Beleihungsinstitut für den Eigenheimbau gemacht haben. Die bedauerlichen Vorgänge in der Bausparbewegung während der ersten Gründungs- und Entwicklungsjahre, sind durch die Reinigungsaktion des Reichsaufsichtsamtes zum endgültigen Abschluß gebracht und können sich unter der nunmehrigen laufenden Kontrolle dieser Aufsichtsbehörde nicht wiederholen.

In der heutigen Regierung hat die Bausparbewegung einen tatkräftigen und warmherzigen Förderer erhalten, wie die Bereitstellung des 100-Millionen-Kredits durch die Initiative führender Männer des neuen Staate und damit die Einschaltung in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung zeigt. Der volkswirtschaftliche Nutzen der Bausparkasse besteht darin, daß durch das lockende Ziel des Eigenheimes eine Intensivierung der Spartätigkeit entsteht. Das Bauhandwerk wird gefördert, die Zahl der gesunden Wohnungen vermehrt und eine neue, für die Volksgesundheit wertvolle Wohnkultur geschaffen. Die Bedeutung, die die junge Bausparbewegung während ihres erst 8-jährigen Bestehens und in einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges bereits erlangt hat, geht am besten daraus hervor, daß mit ihrer Hilfe bis zur Mitte des Jahres 1933 etwa 45 000 Eigenheime geschaffen sind. Der bisher dem Baumarkt zur Verfügung gestellte Betrag dürfte ca. 500 Millionen ausmachen. Die Gesamtzahl der in den zugelassenen 70 Bausparkassen (einschließlich der 17 öffentlichen Bausparkassen) zusammengeschlossenen Bausparer dürfte etwa 350 000 betragen.

Welche Bedeutung einzelne Bausparkassen für ihr engeres Arbeitsgebiet erlangt haben, mag daraus hervorgehen, daß der Eigenheim-Bund Niedersachsen, die bodenständige Bausparkasse in Niedersachsen und zugleich die größte in ganz Preußen, bisher an ca. 3 300 Darlehnsnehmer langfristige, unkündbare Kredite für den Eigenheim-Bau zur Verfügung gestellt und damit ununterbrochen während ihres 5jährigen Bestehens 3000 Bauhandwerkern Arbeit und Brot gegeben hat.

Generalrat der Wirtschaft

Von Dr. Gustav Schlotterer.

Es entspricht der inneren Zwangsläufigkeit der nationalsozialistischen Revolution, daß sie über die innenpolitische Auseinandersetzung und Umgestaltung hinaus alle anderen Lebensgebiete im Kern erfaßte, vornehmlich aber auch im wirtschaftlichen Bereiche den Angriff vortrug, um die neuen Prinzipien der Führung und Leistung gegenüber den Formen und Methoden einer vom vergangenen System geübten Wirtschaftstätigkeit zur Geltung zu bringen. Ja, auf diesem Gebiete erschien mit Rücksicht auf unsere wirtschaftliche Gesundung eine grundlegende Reform fast noch entscheidungsvoller; denn es gibt wohl keine Wirkungs- und Denkungsart, die der nationalsozialistischen Auffassung notwendiger widersprüche als der frühere Wirtschaftsparlamentarismus, der in völliger Verantwortungslosigkeit lediglich aus ungeklärten Meinungen und Interessen seine Entscheidungen herleitete. Parlamentarische Gepflogenheiten, Meinungsäußerungen ohne jegliche Verantwortung, ohne Bindung nach unten und Grenze nach oben, Maßnahmen, die nicht einmal auf Grund sachlicher Gesichtspunkte und sachlicher Voraussetzungen vorgenommen werden, sondern allein aus dem Kampfe der Interessenklüngel hervorgehen, waren nicht geeignet, die Basis für eine wirkliche Wirtschaftsgestaltung abzugeben.

Aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus ergeben sich die Aufgaben des kürzlich einberufenen Generalrates der Wirtschaft. Der alte Reichswirtschaftsrat und der Reichstag, die aus der verwirrenden Buntheit aller zum Ausdruck gebrachten Interessen und Meinungen, aus dem Meinungsstreit die richtige Meinung, das im Augenblick vordringlichste Interesse, zu ermitteln gedachten, sind durch die nationalsozialistische Staatsführung beseitigt worden.

Aber wenn auch der Nationalsozialismus auf eine parlamentarische Interessenvertretung verzichten kann, so doch nicht darauf, sich eine möglichst breite, sachlich erhärtete Basis seiner Entschlüsse und Entscheidungen zu sichern. Im neuen Generalrat der Wirtschaft ist die Körperschaft geschaffen, die auf Grund ihrer Zusammensetzung dem Führer die erforderlichen Kenntnisse und Informationen zur Verfügung stellt, zugleich aber auch die Verbindung zur Gesamtwirtschaft, zum Volke aufrechterhält und so eng wie irgend möglich gestaltet.

Indem der Generalrat der Wirtschaft Männer erfaßt, die an den verschiedensten Stellungen des Wirtschaftsorganismus ihren Dienst tun, ist der Staatsführung ein Mittel in die Hand gegeben, sich jederzeit über die Lage und Stimmung in der Wirtschaft zu unterrichten. Nicht das Recht und das Interesse der Einzelmitglieder haben hier Geltung zu beanspruchen, sondern nur das Wohl und die Zukunft der Gesamtheit, für welche allein die nationalsozialistische Staatsführung verantwortlich ist. So wird nicht nur die alte nationalsozialistische Forderung verwirklicht, daß Gemeinnutz vor Eigennutz gehe, sondern zugleich auch dafür gesorgt, daß die von unten emporgetragenen Erfahrungen der Praxis zu Bausteinen eines neuen Reiches werden.

Daß alteingesessene Wirtschaftsliberalisten diesem „Generalrat der Wirtschaft" verständnislos gegenüberstehen, erhellt nicht zuletzt die für unsere wirtschaftliche Zukunft entscheidende Bedeutung der neuen Organisation. Kennzeichnet es doch das Wesen des Generalrates, daß ihm keine letzten politischen Entscheidungen zugestanden werden, daß er keine „verfassungsmäßigen Rechte" hat, auf die er eventuell zur Wahrung irgendwelcher Interessen zurückgreifen könnte, daß er nicht Selbstzweck ist, nicht für sich allein vorhanden, sondern ausschließlich ein Beratungswerkzeug der nationalsozialistischen Staats- und Wirtschaftsführung darstellt.

Aber gerade durch diese weitgehendste Ausprägung des Führungsprinzips wird der Generalrat der Wirtschaft in die Lage versetzt, wichtigere und wesentlichere Aufgaben zu erfüllen, als sie von vergangenen Parlamenten bewältigt wurden. War es diesen auf Grund des in ihren Reihen vorherrschenden Interessenwiderstreites überhaupt nicht möglich gewesen, irgendwie produktiv zu arbeiten, so garantiert der Aufbau und die Zusammensetzung des Generalrates dafür, daß die sachlich berechtigten und auf die Lebenserfordernisse der Gesamtheit hinzielenden Auffassungen klar und ungehemmt zur Geltung kommen. Auf der anderen Seite wird aber die Aeußerung des Generalrates von der Reichsregierung als sachlich begründeter Rat unmittelbar zur Kenntnis genommen, und zwar von einer Regierung, der auch die Macht zur Verfügung steht, das durchzusetzen, was sie für sinnvoll und zweckmäßig erkennt.

Es entspricht den Grundsätzen der nationalsozialistischen Politik, daß sie bei der Zusammensetzung des Generalrates der Wirtschaft bestrebt war, in Uebereinstimmung mit der Zielsetzung des deutschen Sozialismus, zugleich alles das zu erhalten, was aus der vergangenen Wirtschaftsepoche als lebenskräftig überkommen ist, daß sie gleichfalls auf Grund dieser Zusammensetzung die Synthese von praktischer Wirtschaftsgestaltung und nationalsozialistischem Zukunftswillen erstrebt. Aus der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Männern der sachlichen Erfahrung und den Soldaten der politischen Bewegung wird sich die fruchtbare und erfolgreiche wirtschaftliche Beratung der neuen Staatsführung ergeben.

Wir befinden uns heute mitten im Kampfe. Die erste Etappe der Arbeitsschlacht ist zurückgelegt. Nunmehr gilt es.

Jede Tasse Kathreiner
ist — eine Tasse
Gesundheit!

Evangelische Jugendarbeit.

Dreihundert evangelische Jugendführerinnen und Mitarbeiter im Landesverband der weiblichen Jugend Westfalens traten in der vergangenen Woche in Witten zu einer ernsten Beratung zusammen. Nachdem die Verhandlungen im Reichsinnenministerium die unantastbare Sicherung des volksmissionarischen Dienstes der evangelischen Jugend auf bündischer Grundlage ergeben hatten, war es notwendig, die aus der neuen Lage in Kirche und Staat notwendigen Folgerungen für den Gesamtverband zu ziehen, um zu einheitlichen Formen in den 600 Jugendscharen der Provinz zu kommen. Die Tagung, die unter der Leitung des derzeitigen Geschäftsführers Pfarrer Steinsiek-Hagen-Vorhalle stand, wurde mit einem grundlegenden Vortrag von Oberkonsistorialrat D. Hymmen-Münster über das Thema „Unser Auftrag im Aufbruch der Nation" eröffnet. Der Vortag stellte in eindrucksvoller Klarheit die Grundlinien des evangelischen, an Volk und Kirche gebundenen Jugendlebens heraus und bedeutete ein klares missionarisches Bekenntnis zu der Verkündigung des Evangeliums in der gesamten deutschen Jugend. Von besonderer Wichtigkeit waren die mit Spannung erwarteten Ausführungen des Vertreters des Reichsverbandes, Pfarrer Zickmann, Berlin-Dahlem (Burckhardthaus). Er gab Bericht von den Verhandlungen mit Bischof Hossenfelder, der das Jugenddezernat in der Reichskirche übernommen und zusammen mit D. Stange-Kassel die Verhandlungen im Innenministerium zu dem klares missionarisches Bekenntnis zu der Verkündigung Jugendverbände geführt hatte. Ferner wurden für die Innenarbeit vertiefende Vorträge von Pastor Lohmann-Gütersloh und von dem Leiter der Theologischen Schule, D. Brandt-Bethel, gehalten.

Blindenware und Bettlerunwesen!

Das große Winterhilfswerk, welches von der NS-Volkswohlfahrt durchgeführt wird, stellt hohe Anforderungen an den Opfersinn der Bevölkerung. In Erkenntnis dieser Tatsache und um allen, auch den Verschämtesten zu helfen, wird das wilde Bettlerunwesen auf das schärfste bekämpft. Leider gibt es nun immer noch gewissenlose Personen, die auf die verschiedenste Art versuchen, durch Erregung von Mitleid Gelder zu erhalten, oder Ware zu unverschämt hohen Wohlfahrtspreisen zu verkaufen. Die Blindheit wird hierbei vielfach als Werbemittel benutzt. Der Westfälische Blindenverein e. V. legt Wert darauf, der breitesten Oeffentlichkeit mitzuteilen, daß von ihm keinerlei Sammlungen durchgeführt werden, und daß auch die blinden Mitglieder nicht betteln dürfen. Des weiteren, daß der Vertrieb der von blinden Handwerkern hergestellten Arbeiten zu normalen Preisen erfolgt. Vor allen Dingen bittet der Westfälische Blindenverein, alle auswärtigen Unternehmungen, wie Blindewa G.m.b.H., Langenkamp, Blisa, Magdeburg u. a. m., die sich besonders in letzter Zeit in Westfalen bemerkbar machen, abzulehnen, da hiermit der Westfälische Blindenverein und überhaupt die Blindenorganisation als solche nichts zu tun hat. Auch werden Seifen, Kaffee, Lebensmittel, Sprüche, Bilder u. dergl. von den deutschen Blindenvereinen, die in dem Reichsdeutschen Blindenverband e. V., Mitglied der NS-Volkswohlfahrt, zusammengeschlossen sind, nicht vertrieben. Wer tatsächlich den blinden Handwerkern helfen will, kaufe nur von den ortsansässigen blinden Handwerkern oder Blindenwerkstätten, die in dem Westfälischen Blindenverein e. V. zusammengeschlossen sind. Auch die beiden Provinzialblindenanstalten Paderborn und Soest arbeiten gemeinsam mit dem Westfälischen Blindenverein, der 1500 erwachsene Blinde in 32 Ortsgruppen zählt, daran, das Los der Blinden zu bessern.

Einweihung der neuen Bibliothek der Theologischen Schule.

In schlichter Feier wurde am Freitag die Einweihung des neuen Bibliotheksgebäudes der Theologischen Schule vorgenommen. Nach einer Sitzung des Kuratoriums begaben sich dessen Mitglieder zur Bibliothek, wo sich bereits die geladenen Gäste eingefunden hatten. Erfreulich war es, daß nicht nur der engere Kreis der Theologischen Schule, die Leitung, die Hausdamen der Heime, die Hauseltern der Bibliothek und Studenten erschienen waren, sondern auch Vertreter derjenigen, die den Bau errichtet und fertiggestellt haben; auch ein Zeichen echt nationalsozialistischen Geistes.

D. Simon begrüßte als Hausvater die Gäste und sprach seine Freude darüber aus, daß es möglich war, daß dies Haus in dem Jahre, welches unserem Vaterland soviel Großes gebracht hat, vollendet werden konnte. Nach einer Kaffeepause hielt der Leiter, Herr P. v. Bodelschwingh, die Weiherede und sagte u. a.: Mein Vater wünschte für die Schule gute Männer und gute Bücher. Im Jahr 1905 stellte er selbst die ersten Bücher ein. Persönlich kam er tagsüber nicht viel zum Lesen. Jedoch lag neben seinem Bett immer ein ernsteres Buch. Der Verkehr mit den Büchern konnte so lebendig werden, daß er ganz darin lebte und ihn der Inhalt öfter bis in den Traum verfolgte, wie z. B. die packenden Schilderungen eines v. Treitschke. Die Bibliothek ist seitdem gewachsen, so daß ein neuer Bau notwendig wurde. Auch die Kranken haben regen Anteil an dem Neubau gehabt. Mancher würde sich auch am liebsten in die inhaltsreichen Bücher vertiefen.

Dann übergab P. v. Bodelschwingh der Bibliothek noch ein Weihegeschenk, das den Altmeister D. Adolf Schlatter bei der Grundsteinlegung zeigt, und dessen Vers, der als Motto für die Arbeit gelten soll:

In meinem Studieren
wird Er mich wohl führen
und bleiben bei mir,
wird schärfen die Sinnen
bei meinem Beginnen
und öffnen die Tür.

Eine gute Losung zum Studium! Die besten Meister aller Zeiten sollen hier zu den Studierenden reden. Aber sie sind nur Adjutanten des großen Königs. Und nun kommt's darauf an, ob wir die Türe öffnen.

Zuletzt dankte P. v. Bodelschwingh allen fernen Helfern, die mit ihren Gaben geholfen haben. So steht diese Bibliothek wohl als einzige da, die aus so vielen kleinen Gaben entstanden ist. Sie bleibt eine Brunnenstube für die, denen der Herr sagt: Gehet hin in alle Welt und machet zu Jüngern alle Völker!

Hierauf folgte eine Führung durch Herrn D. Simon, der vorher noch einen Ueberblick über die Geschichte der Bibliotheken und über die hiesige Bibliothek gab. So kann gleich mit Beginn des neuen Semesters die Bibliothek, die vorher an 10 Orten verstreut war, voll benutzt werden.

—hl—

den jetzigen Stand, das bisher Erreichte über den Winter zu halten und im nächsten Frühjahr erneut zum Angriff überzugehen. Dem Generalrat der Wirtschaft fällt in diesem Rahmen die Aufgabe zu, durch Ermittlung der zweckmäßigsten Maßnahmen in allen Bereichen unseres wirtschaftlichen Lebens diesem Kampfe die gesunde Basis zu sichern. Im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung, unter restlosem, aufrichtigen Einsatz ihrer sachlichen Befähigung haben sich daher die Männer des Generalrates bereit gefunden, dem Werke Adolf Hitlers rückhaltlos als wesentliches Macht- und Führungsinstrument zu dienen.

Wirtschaftswerbung

Eröffnungssitzung des Werberats

Der neugebildete Werberat der deutschen Wirtschaft trat im Reichsministerium für Propaganda und Volksaufklärung, nämlich im Thronsaal des alten Friedrich-Leopold-Palais, zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Staatssekretär Funk eröffnete die Sitzung mit der Mitteilung, daß Reichsminister Dr. Goebbels den Ministerialdirektor Ernst Reichard zum Präsidenten des Werberats ernannt hat. Zu Geschäftsführern wurden bestellt: Dr. Heinrich Hunke, Erwin Finkenzeller und Amtsgerichtsrat Dr. Carol Edler von Braunmühl. Zu Mitgliedern des Werberats wurden 50 Vertreter der an der Werbung besonders interessierten Wirtschaftskreise ernannt. Vorsitzender im Verwaltungsrat ist Staatssekretär Funk selbst, zweiter Vorsitzender Staatssekretär Dr. Posse, dritter Staatssekretär Backe.

Staatssekretär Funk, der dem Werberat auch die Grüße des Führers überbrachte, behandelte dann noch die Aufgaben, die gelöst werden müssen, und führte dazu aus:

Unter den großen ungelösten weltwirtschaftlichen Problemen sei die Frage der Absatzregulierung und der Neuordnung der Märkte eine der wichtigsten. Entweder wir müßten neuen Bedarf für unsere Industrieprodukte hervorrufen, oder unsere allgemeinen Bedürfnisse einschränken. Damit sei das Wirtschaftsproblem in erster Linie ein Organisationsproblem geworden. Durch Propaganda könne man auch fremden Ländern bisher völlig fremde Bedürfnisse anerziehen und so den Absatz fördern. Der Werberat der Deutschen Wirtschaft habe die Aufgabe, durch bessere Organisation der Werbung eine stärkere Wirkung zu geben.

Im Anschluß an die Ausführungen des Staatssekretärs nahm

Reichsminister Dr. Goebbels

das Wort. Der Minister führte aus, die Grundformel der deutschen Revolution sei die Forderung gewesen, den schrankenlosen Individualismus durch ein volksmäßig gebundenes Denken und Empfinden zu ersetzen. Wirtschaftswerbung müsse der gesamten Wirtschaft und damit dem ganzen Volke dienen. Eine der wesentlichsten Aufgaben seines Ministeriums sei, das wirtschaftliche Streben und die wirtschaftliche Ueberzeugung des wirtschaftlichen Menschen mit der Wirtschaftspolitik des Reiches in Uebereinstimmung zu bringen. Private Initiative solle auch auf dem Gebiete der Wirtschaftspropaganda ausschlaggebend sein. Niemand wisse besser als die Nationalsozialisten, daß die Propaganda eine Kunst ist, die nur von der Persönlichkeit durch das von ihr ausgestrahlte geistige und seelische Fluidum gemacht werden könne.

Erfolgreiche Propaganda brauche Volksnähe und müsse auf die Mentalität des Kreises abgestimmt sein, auf den sie einwirken solle. Eine bürokratische Reglementierung der Propaganda würde der Tod der Wirtschaftswerbung sein. Jeder Wirtschaftler bleibe auch in Zukunft verantwortlich für seine Propaganda. Die Aufgabe des Werberates sei, die gesamte deutsche Wirtschaftswerbung unter einen einheitlichen Willen zu stellen. Er werde Klarheit, Sauberkeit, Ordnung und Geschlossenheit der Wirtschaftswerbung herbeiführen und die Autorität des neuen Staates hinter die deutsche Wirtschaftswerbung stellen.

Wie der neue Staat ein sauberer Staat ist, so solle nunmehr die unlautere Werbung einer Werbung Platz machen, die in Sprache und Ausdruck wahr und deutsch ist. Die nationalsozialistische Regierung werde die alten Forderungen der deutschen Wirtschaft Treu und Glauben auf dem Gebiet der Wirtschaftswerbung erfüllen. Die Abgabe, die der Werberat erhebe, bedeute keine neue Belastung der schwerleidenden deutschen Wirtschaft, sondern diene ihrer Förderung. Die Wettbewerbsämter erhielten größere Autorität.

Bei der Lösung der Aufgaben, den deutschen Binnenmarkt und den deutschen Außenmarkt zu erschließen, solle der Werberat Wegweiser und Helfer sein. Alle bisher bestehenden Organisationen für Wirtschaftswerbung sollten in Zukunft nach den Weisungen des Werberats dem gemeinsamen Ziel dienen, das die nationalsozialistische Regierung sich zur Aufgabe gemacht habe: dem deutschen Volke wieder Ehre und Brot zu geben.

Reichswirtschaftsminister Dr. Schmitt

bezeichnete den Werberat als Mittler zwischen dem für die Führung der Wirtschaftspolitik verantwortlichen Reichswirtschaftsministerium und dem wirtschaftenden Menschen, damit der wirtschaftende Mensch sein privates Wollen und Handeln voll einsetzen könne für das große Aufbauprogramm der Reichsregierung. Deutschland als verarmtes Land könne es sich nicht leisten, Millionen von Mark erfolglos hinauszuwerfen. Wirtschaftswerbung müsse sich lohnen.

Der Werberat werde sich ein großes Verdienst erwerben, wenn er sich für den Absatz deutscher Erzeugnisse einsetze, um an dem großen Ziel der deutschen Arbeitsbeschaffung mitzuwirken. Die Gemeinschaftswerbung sei ein bedeutsames Mittel in diesem Kampf. Der deutsche Wirtschaftler müsse begreifen, daß nicht nur die Werbung ihm dient, die den Absatz seines Erzeugnisses fördert, sondern, daß am besten die Werbung nützt, die den Boden bereitet für den Absatz deutscher Erzeugnisse schlechthin. Werbung habe nicht die Aufgabe, den Konkurrenten zu vernichten. Die Grundlage einer national-wirtschaftlich richtigen Werbung sei die Erkenntnis, daß das harmonische Miteinander der Konkurrenten die beste Grundlage auch des eigenen Erfolges sei.

Das Reichswirtschaftsministerium begrüße den Werberat auch im Interesse des deutschen Außenhandels. Daß Deutschland gezwungen sei, in erster Linie seine eigene nationale Wirtschaft zu pflegen, könne nicht heißen, daß es sich in dem Maße von der Welt abschließe, wie andere Staaten, die über eine ausgedehntere Rohstoffbasis und den notwendigen Lebensraum verfügen. Deutschlands Wirtschaft könne auf die Pflege des Exports nicht verzichten. Deutschlands nationale und wirtschaftspolitische Ziele seien nicht gegen das Ausland gerichtet. Sie dienten der Wiederherstellung der national-wirtschaftlichen Austauschbeziehungen zum Ausland. Der Außenhandelsrat des Reichswirtschaftsministeriums und der Werberat der deutschen Wirtschaft würden miteinander arbeiten.

Mit einem Dank des neuen Präsidenten an Minister Dr. Goebbels für sein tatkräftiges Eingreifen und einem Gelöbnis des Werberats zur Mitarbeit fand dann die Sitzung ihren Abschluß.

Reichstagsprozeß

Zeuge wegen Meineides verhaftet

Die neue Verhandlungswoche im Reichstagsbrandstifterprozeß nahm einen dramatischen Auftakt. Als erster Zeuge wurde der Werkzeugmacher Sönke vernommen, bei dem der Angeklagte Taneff acht Tage in Berlin gewohnt hat. Zeuge erklärt, er sei nicht Kommunist. Taneff habe er bereits während seiner Kriegsgefangenschaft in Bukarest kennengelernt, 1919 oder 1920. Wenige Tage vor dem Reichstagsbrande, am 24. oder 25. Februar, habe er Taneff in Berlin auf der Straße getroffen und ihn zu sich genommen, weil Taneff keine Wohnung gehabt habe.

Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er das Gepäck Taneffs vom Bahnhof geholt habe, antwortet Zeuge zunächst ausweichend. Als der Vorsitzende die Frage wiederholt, erklärt Sönke: „Nein, ich habe das Gepäck nicht vom Bahnhof geholt." Unter Berufung auf seine früheren Darstellungen erklärt nunmehr der Angeklagte Taneff, er habe Sönke nicht auf der Straße getroffen, vielmehr habe ihn Popoff bei seiner Ankunft in Berlin am 24. Februar mit einem seiner Freunde zu Sönke geschickt, bei dem er ihm eine Wohnung vermittelt habe. Noch am gleichen Abend habe er Sönke Geld gegeben und ihm den Auftrag erteilt, am nächsten Tage seinen kleinen Koffer vom Bahnhof Zoo zu holen. Es treffe auch nicht zu, daß Sönke ihn von früher her gekannt habe, vielmehr habe er Sönke erst bei seiner Ankunft in Berlin kennengelernt.

Nunmehr erklärt Zeuge, „es sei möglich, daß ein Mann Taneff zu ihm geführt habe"; kurz danach bestätigt Zeuge Sönke auch, daß er tatsächlich den Koffer des Taneff von der Bahn abgeholt hat! Der Vorsitzende macht den Zeugen darauf aufmerksam, daß diese Bekundungen in Widerspruch zu den ersten, unter Eid gemachten Erklärungen stehen. Zeuge Sönke habe

bewußt einen Meineid geleistet.

Gefragt, was er mit diesem Meineid bezweckte, erwidert Zeuge: „Ich habe nicht gewollt, daß ich in die Sache verwickelt werde." Auf Antrag des Oberreichsanwalts beschließt das Gericht die Festnahme des Zeugen, wobei der Vorsitzende zu Protokoll feststellt:

Der Zeuge Sönke hat durch die eidliche Aussage, er kenne Taneff aus Rumänien, habe ihn zufällig auf der Straße in Berlin getroffen und ihm Quartier angeboten, und er habe keinen Koffer für ihn abgeholt oder erinnere sich dessen nicht, sich des versuchten Meineides dringend verdächtig gemacht, da er selbst auf Vorhalt zugegeben hat, daß er in diesen Punkten die Unwahrheit gesagt hat. Die vorläufige Festnahme ist schon ausgesprochen worden. Der Zeuge Sönke ist in Polizeigewahrsam zu nehmen und dort so lange zu behalten, bis ein Haftbefehl gegen ihn erlassen ist.

War Lubbe auch im Landtag?

Fahrstuhlführer Alder gibt an, daß er etwa acht bis vierzehn Tage vor dem Reichstagsbrand eine Kiste, die von einem Spediteur gebracht worden war, im Fahrstuhl nach oben transportierte.

Zeugin Hartmann, eine Angestellte des Preußischen Landtages bekundet, sie habe am 27. Februar, vormittags gegen 11 Uhr, in einem Fahrstuhl des Preußischen Landtages den Landtagsabgeordneten Koenen mit einem Begleiter getroffen, der eine auffallende Aehnlichkeit mit van der Lubbe gehabt habe. Mit Bestimmtheit könne sie allerdings die Identität der beiden Personen nicht versichern.

Als nunmehr van der Lubbe der Zeugin gegenübergestellt wird, erklärt diese, sie könne nicht bestimmt angeben, daß van der Lubbe der Begleiter Koenens gewesen sei, aber sie möchte auch nicht glauben, daß sie sich im Irrtum befinde. Die Figur, die Form des Gesichtes und die Größe stimme, die Augen auch, nur das lange Haar habe sie damals nicht beobachtet.

Neue Belastung Torglers und Dimitroffs

Sehr bedeutsame Feststellungen machte der Journalist Dr. Dröscher, der Mitarbeiter des Major a. D. Weberstedt, der dessen Aussage bestätigt. Im einzelnen erklärt Zeuge, u. a. noch:

Am Nachmittag des Brandtages kam ich um 3.15 Uhr in den Reichstag. Beim Betreten der Vorhalle fiel mir ein intensiver durchdringender Geruch auf. Ich hatte den Eindruck, daß es eine Art Gasgeruch war, vielleicht auch Benzin, und ich machte die anwesenden Pförtner darauf aufmerksam, und wies sie auf die außerordentliche Gefahr einer solchen Gasbildung hin. Die Beamten beruhigten mich, es wäre nichts Besonderes, versprachen aber, nachzusehen. Ich ging dann in mein Büro, hatte aber keine Ruhe und ging noch einmal hinunter. Da war der Geruch vollständig verschwunden.

Eines Tages ließ mich der Hausingenieur Risse rufen und demonstrierte mir einen bestimmten Geruch eines Rostschutzmittels, mit dem die große Hausuhr damals rostfrei gemacht worden war. Ich habe mich dann dabei beruhigt.

Vorsitzender: Sie haben dann beim Untersuchungsrichter noch Mitteilung über die Beobachtung einer Person gemacht. Zeuge: Ich wurde zum Untersuchungsrichter zu einer Vernehmung gerufen. Als ich herunterkam, sah ich da unter Bewachung mehrere Personen.

Als ich die eine dieser Personen mir ansah, stutzte ich, und es kam mir eine bestimmte Erinnerung, die mich innerlich außerordentlich erregte, so daß ich in das Zimmer des Untersuchungsrichters kam und ohne gefragt zu werden sagte: Herr Reichsgerichtsrat, was sind das für Bulgaren da draußen, das ist doch Dimitroff aus Sofia, den kenne ich von Abbildungen her und den habe ich im Hause gesehen. Ich erinnere mich, daß ich ihn oben auf unserem Geschoß mit Torgler gesehen habe.

Zum anderen sagte ich ihm, daß ich diesen Mann kenne, weil ich ihn auf Abbildungen als einen der Attentäter auf die Sofioter Kathedrale gesehen hatte.

Vorsitzender: In der Tat ist ein Dimitroff im Prozeß wegen des Anschlages auf die Kathedrale verurteilt worden. Der heißt aber Stephan und dieser heißt George. Ein Stephan Dimitroff ist nach den Akten in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden. Hat nach Ihrer Ansicht dieser Dimitroff Aehnlichkeit mit jenem Dimitroff? Zeuge: Mir ist diese Aehnlichkeit sofort aufgefallen, wenn er auch auf den Bildern, wenn ich mich nicht sehr täusche, einen Bart getragen hat. Vorsitzender: Nehmen Sie an, daß es derselbe ist? Zeuge: Das kann ist nicht entscheiden, aber die Gewißheit ist ziemlich groß für mich.

Vorsitzender: Wir können in dieser Hinsicht keine Feststellungen treffen, aber Sie haben in ihm den Mann wiedererkannt, den Sie im Reichstag beobachtet haben? Zeuge: Jawohl, mit Bestimmtheit.

Torgler stand vor der Tür seines Zimmers, und Dimitroff lehnte neben ihm auf der Brüstung.

Es muß einige Tage vor dem Brande gewesen sein. Ich konnte beiden ins Gesicht sehen und habe innerlich noch einen ziemlichen Aerger darüber empfunden, daß ein deutscher Abgeordneter wieder mit irgendeinem Ausländer verhandelte. Vorsitzender: Haben Sie ihn da nicht schon als den Attentäter von Sofia wiedererkannt. Zeuge: Nein, in dem Augenblick nicht.

Dimitroff muß aufstehen, und der Vorsitzende fragt nochmals, ob er Dimitroff mit absoluter Bestimmtheit wiedererkenne. Zeuge: Jawohl.

Der Angeklagte Torgler, vom Vorsitzenden zur Aeußerung aufgefordert, erklärt, „vielleicht habe der Zeuge Dimitroff mit einem Mann von der Imprekor den er unter dem Namen Julius kenne, verwechselt." Er sei mit Dimitroff niemals im Reichstag gewesen. Anschließend behauptet auch Dimitroff, seit 1921 nie wieder im Reichstag gewesen zu sein. Zum Schluß der Sitzung mußte der Vorsitzende dem Angeklagten Dimitroff, der sich wiederholt ungehörig benommen hatte, das Wort entziehen.

Dr. Ley in Offenbach

Führer und Volk gehören zusammen.

Anläßlich eines großen Lederarbeitertreffens des Verbandsbezirkes Hessen-Nassau weilte der Führer der Deutschen Arbeitsfront Dr. Ley in Offenbach, wo er im Gebäude der Industrie- und Handelskammer vom Vorsitzenden Direktor Gellrich willkommen geheißen wurde. Dr. Ley besichtigte sodann eingehend die Werkanlagen der Firma Ludwig Krumm A.G., der größten Firma dieser Branche. Auf dem Wilhelmplatz hatten sich nicht weniger als 10 000 Lederarbeiter eingefunden.

Staatsrat Dr. Ley hielt eine Ansprache, in der er u. a. ausführte, die letzten acht Monate hätten bewiesen, daß die Führer des deutschen Volkes frei und offen vor das Volk hintreten könnten. Was in den letzten acht Monaten geleistet worden sei, sei bisher noch niemals von einer Regierung geleistet worden in den letzten vierzehn Jahren. Das Volk wisse, daß es Führer und Gefolgschaft geben müsse und daß nur dann das Werk voranschreite, wenn Führer und Gefolgschaft zusammenarbeiteten, und nicht, wenn jeder etwas zu sagen haben wollte. Auf diesem Prinzip sei der Nationalsozialismus aufgebaut, und die Leistungen der letzten acht Monate bewiesen, daß dieser Grundsatz richtig sei.

Auch die Gegner könnten sich dieser Erkenntnis nicht verschließen. Dr. Ley schloß mit einem Siegheil auf den Führer, auf das deutsche Volk und auf den deutschen Arbeiter. Nachdem Staatsrat Dr. Ley alsdann noch Wiesbaden besichtigt hatte, trat er von Frankfurt den Rückflug an.

Die Instandsetzungszuschüsse

Aufforderung zur Stellung von Anträgen.

Der Reichsarbeitsminister weist erneut darauf hin, daß die vom Reiche zur Verfügung gestellten Zuschüsse für Instandsetzungs- und Ergänzungsarbeiten an Gebäuden und in Wohnungen rund 40 v. H., für Wohnungsteilungen und sonstige Umbauten rund 62 v. H. der Kosten betragen. Die ungesäumte Beantragung und Durchführung solcher Arbeiten ist daher Pflicht jedes Hausbesitzers, Gewerbetreibenden oder Mieters, dessen Haus oder Wohnung der Instandsetzung und Verbesserung bedarf. Jeder, der solche Arbeiten mit Reichszuschüssen ausführen läßt, hat selbst erhebliche Vorteile und unterstützt durch seine Hilfe die Bemühungen und Bestrebungen des Führers und des gesamten deutschen Volkes um das große Aufbauwerk der Arbeitsbeschaffung in den kommenden Wintermonaten. Jeder Volksgenosse wird daher aufgefordert, sofort seinen Zuschußantrag bei der zuständigen örtlichen Stelle einzureichen.

Saargebiet will heimkehren

Machtvolle Kundgebung der Gewerkschaftsfront.

Der erste Aufmarsch der saarländischen deutschen Gewerkschaftsfront in Saarbrücken gestaltete sich zu einer machtvollen Kundgebung. Der Führer der Gewerkschaftsfront, Peter Kiefer, erklärte u. a.:

Frankreich kann im Saargebiet den Beweis erbringen, ob es ihm ernst ist mit der Verständigung mit Deutschland und einer Befriedung des unter Unfrieden seufzenden Europa. Es braucht nur einzuwilligen, daß das Saargebiet bald restlos zum deutschen Vaterland zurückkehrt, wohin es gehört. Menschen, die im Saargebiet geboren und abstimmungsberechtigt sind, haben wohl ein größeres Recht, im Namen eines großen Teils des Saarvolkes zu sprechen und zu handeln als solche, deren Wiege anderswo gestanden hat und die das Abstimmungsrecht nicht besitzen.

Abstimmungsvorstände dürfen Uniformen und Parteiabzeichen tragen. Der Reichsminister des Innern hat das für die früheren Reichstagswahlen erlassene Verbot des Tragens von Uniformen und Parteiabzeichen durch Mitglieder der Abstimmungsvorstände aufgehoben.

Roosevelt an die Deutschamerikaner

Ehrende Worte des Präsidenten über das Deutschtum.

Präsident Roosevelt hat an die Teilnehmer einer von über 100 Vereinen der Deutschamerikaner in Cincinnati veranstalteten Pastorius-Feier ein Schreiben gesandt, in dem er ausführt:

„Die Männer und Frauen, die Germantown im Jahre 1683 gegründet haben, waren die Vorläufer von Tausenden ihrer Rasse, die einen wichtigen Bestandteil unserer Bevölkerung darstellt. Dieser Teil hat durch seine Ausdauer, Emsigkeit und durch sein Verständnis für Kunst und Wissenschaft, vor allem aber durch seinen Patriotismus mehr zur Entwicklung unserer Nation beigetragen, als sich in kurzen Worten sagen läßt."

Unruhen in Jerusalem

Wieder mehrere Todesopfer.

In der Altstadt von Jerusalem, in der Nähe des Judenviertels, versuchte der Pöbel, die Polizei zu entwaffnen. Diese machte von der Schußwaffe Gebrauch. Die Verluste der Aufständischen werden bisher auf drei Tote und 15 Verwundete geschätzt. In der Mittagsstunde versuchten die Araber, die von auf den Dächern stehenden verschleierten mohammedanischen Frauen durch schrille Schreie angefeuert wurden, die Polizeikette am Jaffa-Tor zu durchbrechen. Die Polizei war gezwungen, den Gummiknüppel zu gebrauchen und einige Schüsse abzufeuern.

Zu Zusammenstößen kam es auch auf der Hauptstraße in der Altstadt, als die Araber jüdische Geschäftsinhaber zwangen, ihre Läden zu schließen. Die Polizei zerstreute die Menge, konnte aber nicht verhindern, daß ein Laden zerstört wurde.

Insgesamt haben die Zusammenstöße in Palästina bis jetzt schon 30 Tote und über 250 Verwundete gefordert.

In den übrigen Teilen Palästinas soll Ruhe herrschen, mit Ausnahme von Haifa, wo sich eine gewisse unruhige Stimmung bemerkbar macht.

*

Arabischer Protest beim Völkerbund

Der arabische Vollzugsausschuß hat beschlossen, beim Völkerbund in Verbindung mit den blutigen Zwischenfällen in Jaffa Protest einzulegen und die Freilassung der verhafteten Araberführer zu verlangen.

Bewegung im Islam.

Ueber die Ausbreitung des Islam und seine unverändert antichristliche Tendenz kursierte um die Jahrhundertwende das Wort eines Gelehrten: „Der Islam marschiert. Sein Lauf nimmt manchmal eine verlangsamte Bewegung an. Doch kommt er nie zum Stillstand, und er fürchtet nichts." An dieses vorsichtig abgewogene Urteil werden wir heute erinnert, wenn wir die mancherlei Nachrichten lesen, die neuerdings über allerlei Vorgänge in der Welt des Islam durch die Presse gehen und die ganz deutlich ein Aufflackern der panislamitischen Bewegung erkennen oder doch wenigstens vermuten lassen.

Da erfahren wir von den Streitigkeiten zwischen Juden und Mohammedanern um den Besitz Palästinas, die unter dem Einfluß der zunehmenden jüdischen Einwanderung eine Zeitlang schärfsten Charakter annahmen. Blutige Kämpfe zwischen beiden Volksgruppen mußten von den Engländern unterdrückt werden, und die seither eingetretene Ruhe dürfte lediglich als Scheinfriede zu bewerten sein. — Die islamitischen Studenten der Universität Damaskus dünkten sich kürzlich stark genug, an den Kommissar der Mandatsmacht ein Telegramm zu richten, in dem sie Einspruch gegen die Evangelisationsbestrebungen durch katholische Missionare erhoben und sich dabei zu den starken Worten verstiegen: „Eine solche, auf lügenhafte Versprechungen aufgebaute Propaganda steht im Gegensatz zur Kultur des 20. Jahrhunderts. Sie schädigt im offenen Gegensatz zu unserem Glauben und Herkommen in gleicher Weise die Interessen des Landes und Frankreichs . . .". — Für Jerusalem strebt man mit allen Kräften die Einrichtung einer islamitischen Universität an, auf der mohammedanische Theologie bevorzugt behandelt werden soll. — Gegen eine protestantische Schule in Port Said wurde unlängst von den Söhnen Mohammeds eine erhebliche Hetze veranstaltet, die im Endeffekt allen christlichen Missionen galt, und die ägyptische Regierung verbot darauf die „Liga zur Verteidigung des Islam", von der die christlichen Missionare als eine „gefährliche Sorte von Ungeziefer" bezeichnet worden waren. — Die zur „Wiedergeburt des islamischen Orients" begründete Universität in Shuba in Aegypten wird, wie wir aus den Zeitungen erfahren, von Mohammedanern aus Indien und Japan, aus China und Südafrika, aus Amerika und Europa besucht. — Das politische Chaos in China erhält durch die zweifelhafte Rolle, die mohammedanische Heerführer spielen, noch eine besonders gefährliche, religiös-fundierte Note, obwohl es unter 400 Millionen Chinesen nur etwa 8 Millionen Mohammedaner gibt.

Das alles hat nun keineswegs lediglich religiöse Bedeutung, wie schon die Nachrichten aus China ohne weiteres erkennen lassen. Die betont politische Einstellung des Islam ist ja eine uralte. Er ist von jeher die politische Großmacht gewesen da, wo seine Anhänger die Macht in der Hand hatten, und hier hat auch sein Gottesglaube stets die Form der Politik bestimmt, als sei die muslemitische Theokratie die einzig berechtigte Staatsgemeinschaft auf Erden. Ueberall, wo die Söhne Mohammeds in der Mehrheit sind, fühlen sie sich und ihre Religion berufen, nicht nur alle sonstigen Gottesoffenbarungen und Kulte abzulösen, sondern auch die Staatsformen, und wo sie in der Minderheit sind, gilt ihr Streben in gleicher Weise der Ausbreitung des Glaubens wie der rein politischen panislamitischen Bewegung. Das alte Europa hat ja in vergangenen Jahrhunderten recht blutige Proben der mohammedanischen Missionierungsversuche zu kosten bekommen, und es wäre sehr töricht, zu glauben, daß der „Heilige Krieg" nur ein Kinderschreck sei.

Es ist vielleicht ganz angebracht, an dieser Stelle ein paar Zahlen zu bringen, die über den Umfang und die Werbekraft des Islam einigermaßen unterrichten. Zuverlässigen Angaben nach beträgt die Gesamtzahl der Mohammedaner in der Welt ca. 250 Millionen, von denen 65 Millionen auf Indien, 50 Millionen auf die malaischen Völker, 38 Millionen auf Nordafrika und das außertürkische Kleinasien, 35 Millionen auf die Türkei entfallen. Hinzu kommen die mohammedanischen Minderheiten unter den Negern und Chinesen sowie die 3 Millionen Mohammedaner auf dem außertürkischen Balkan.

Angesichts vorstehender Zahlenangaben sollte man die Bewegung im Islam durchaus ernst nehmen, zumal die Geschichte und die betont politische Grundeinstellung der Söhne des Propheten keinen Zweifel darüber gestatten, daß die Millionenmassen des Islam der in ihre verschiedenen Eigeninteressen zerspaltenen Christenheit eines Tages als geschlossene Masse gegenüberstehen könnten. Man weise solche Möglichkeiten nicht als übertriebene Schwarzseherei von der Hand, und erinnere sich lieber daran, daß Napoleon I. allen Ernstes den Plan verfolgt hat, von Aegypten aus ein orientalisches Weltreich aufzubauen, und daß er die Absicht hatte, zu diesem Zwecke zum Islam überzutreten. Gefahrenkonstellationen, die vor 130 Jahren gnädig dem alten Europa und seiner christlichen Kultur vorübergingen, können wiederkehren, und die Bewegung im Islam, von der wir sprachen, mahnt zur Aufmerksamkeit. Seien wir als Christen auf unserer Hut, damit nicht das Kreuz vom Halbmond überrannt wird.

. . nn.

Politische Besprechungen auf der Donau.

— **Sofia**, 30. Oktober. An der gemeinsamen Donaufahrt der Könige von Rumänien und Bulgarien nahmen von rumänischer Seite Ministerpräsident Vajda sowie Außenminister Titulescu teil, von bulgarischer Seite Ministerpräsident und Außenminister Muschanoff. Die Fahrt auf der rumänischen Königsjacht dauerte fast sechs Stunden. Gegen 17 Uhr ging König Boris in Rustschuk wieder an Land, um nach Sofia zurückzureisen. König Carol verlieh dem König von Bulgarien den höchsten rumänischen Orden Carols I.

In der amtlichen Mitteilung, die über die Zusammenkunft der Könige herausgegeben wurde, wird darauf hingewiesen, daß Muschanoff mit den beiden rumänischen Staatsmännern eine längere Unterhaltung über verschiedene Fragen, die die Interessen der beiden Länder und den Frieden auf dem Balkan berühren, hatte. Von beiden Seiten wurde der Wunsch geäußert, so rasch wie möglich die zwischen den beiden Ländern schwebenden Fragen zu bereinigen und im Sinne einer herzlichen Freundschaft zur Befestigung des Friedens zusammenzuarbeiten.

Man erwartet, daß in nächster Zeit eine weitere Begegnung zwischen den Königen von Bulgarien und Südslawien voraussichtlich auf südslawischem Gebiet stattfinden wird.

Lokal- und Provinzialnachrichten.

— **Bielefeld. Wesen und Bedeutung der Kriegsschuldfrage.** Darüber spricht am 3. November, abends 8¼ Uhr, Herr Prof. Dr. Schrader in der Aula des Gymnasiums. Es ist dies der erste von 9 Vorträgen, die der Historische Verein für diesen Winter vorgesehen hat. Karten sind in der Buchhandlung J. D. Küster zu haben; 50 Pfg. für alle 9 Vorträge.

Bethel.

— **Christlicher Verein junger Männer.**

Heute. Dienstag, 20¼ Uhr in Gosen Vortrag von Herrn Pastor Lic. Frick über „Doktor Martin Luther." Gesunde Männer und junge Männer herzl. willkommen.

— **Frauenhilfe. Mittwoch nachm. 3½ Uhr Assapheum. Thema: „Vom Werk zum Ziel".**

— **Wahlversammlung.**

Am Freitag, 3. November, spricht in der vorm. Brinkhoffschen Tonhalle Pg. **Staatsminister Rieke** zur Lage. Der Eintritt beträgt 40 Pfennig an der Abendkasse. Karten im Vorverkauf sind zu haben in Ophir, Bäckerei und Telephonhäuschen zum Preise von 30 Pfg. Erwerbslose 10 Pfg. N.S.D.A.P., Ortsgruppe Bethel-Gadderbaum.

— Folgendermaßen aussehendes **Herrenrad abhanden gekommen:** Marke Hansa, Ballonbereifung, graue Continental-Decken, finnischer Lenker, elektrische Verkolampe, schwarzer, moderner Sattel, „Pallas"-Gepäckständer, Kabelhandbremse. Das Rad ist zwischen 10 und 12 Uhr vormittags des 30. 10. an der Betheleche abhanden gekommen. Zweckdienliche Angaben an die Geschäftsstelle des Blattes erbeten.

Anzeigen aus Bethel

— **Unser diesjähriger Obstverkauf findet am Donnerstag, dem 2. November, nachmittags 2 Uhr im Ophir-Hofe statt.**

Ophir, Vereinigte Verkaufsstellen der Anstalt Bethel.

— Am Mittwoch, den 1. November, fährt unser Auto zur Abholung von Lumpen, Papier und Eisen durch die Anstalt. Die Hausvorstände werden gebeten, diese Sachen für uns bereit zu legen.

Brockensammlung der Anstalt Bethel.

Neuerscheinung
„Der junge Luther"
Laienspiel in 9 Bildern von Theodor Noa.
14 männl. Rollen, leicht einzuüben. 24 Textseiten 8°. Preis 50 Pfg., Aufführungsrecht bei Erwerb von 12 Heften, durch den **Verlag Vorländer in Siegen.**

†
Totensonntag 1933
Ein vierseitiges, mit Bildern geschmücktes Flugblatt, zum Trost und Nachdenken für den Totensonntag. Es möchte eine Handreichung sein für alle, die an diesem Tag an schwere und ernste Stunden erinnert werden.
Das Blatt ist zum Verteilen an die Besucher der Friedhöfe und Kirchen besonders geeignet und ist zu beziehen durch den
Blätterverlag der Anstalt Bethel
Abteilung „Herz und Haus", Bethel bei Bielefeld
Postscheckkonto Hannover 7382.
Jedes Stück kostet 2 Pfg. und Porto. Von 100 Stück ab portofrei. Von 500 Stück ab 25 % Rabatt. Von 1000 Stück ab 40 % Rabatt. Von 5000 Stück ab 50 % Rabatt. — Probenummern kostenlos.

PHOTO-ALBEN
neue, schöne Muster
in niedriger Preislage
ERNST LOHÖFENER
Photo - Kino - Spezialhaus / Gütersloherstr. 18 a

Pomol, die flüssigen
Bodensee-Aepfel
in eingedickter Form ohne Zusatz von Zucker, Konservierungsmittel usw., gar. reines Naturprodukt. 1 kg gibt 8–10 L. alkoholfr. Apfelsaft
1½ kg Kanne RM 7.70
4½ kg Kanne „ 22.05
frei Haus Nachnahme durch:
Sano-Fabrik Jenny
Lindau-Reutin (Bodensee)

Aepfel
schöne Ware, für Tafel u. Wirtsch. Pfund 12 Pfg. und 15 Pfg.
Winter- und Butterbirnen
Pfund 8 Pfg. und 10 Pfg.
Edelrosen-Stöcke
in herrl. Farb., ev. Liste, 1. Qual., Stück 20 Pfg.
Wilh. Steinhauer, Wisselsheim
bei Bad Nauheim.

Bohnerwachs
hochglänzend und trittfest, sparsam im Verbrauch. 10-Pfd.-Eimer Mk. 5.— franko Wilh. Scholz, Hamburg 36, Fach 261/A.
KLISCHEES
ERHÖHEN DIE WIRKSAMKEIT IHRER ANZEIGEN.
ALLE DRUCKSTÖCKE IN MUSTERGÜLTIGER AUSFÜHRUNG
BORGSTÄDT & BUSCH
BIELEFELD TELEFON No. 1305

Wo fehlt tüchtiger Kaufmann?
In leitender Stellung gewesener Kaufmann sucht Anstellung, Vertretung oder Teilhaberschaft oder Geschäftsübernahme mit einigen Tausend Mark. Vertraut mit Export, Import, Transportwesen und Fabrikation.
Nur reelle Angeb. an die Geschäftsstelle des Aufwärts unter A 3588.

Für die Einmachzeit

zum Einkochen von Obst und Gemüse empfehlen wir Ihnen unsere bewährten
Aluminium-Einmach-Kannen
Gleichzeitig bieten wir Ihnen, in unserer eigenen Werkstätte hergestellte **Korbwaren, Sessel und Liegestühle** an.
Tiberias-Werkstätten
Bethel bei Bielefeld